

Breslauer Zeitung.

Beitrag für den Abonnementpreis in Breslau 2 Zkr., außerhalb incl. Porto 2 Zkr., 11/2 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1 1/2 Sgr.

Erhältlich: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehme alle Postanstalten u. Befestigung auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 148. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 28. März 1863.

Telegraphische Nachricht.

Alexandrien, 18. März. Maji Bey, erster Beil Mustafa Pascha, wurde verhaftet; andere Beamte dieses Prinzen wurden in Tadjouli interniert. Auch in Kairo wurden Verhaftungen vorgenommen. Ägypten wurde in zwei große Inspectorate getheilt, eines vom Nere bis Kairo, das andere von Kairo bis zur äußersten Grenze; ersteres unter Ragheb Pascha, letzteres unter Abdallah Pascha.

Preußen.

Berlin, 27. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem General-Lieutenant zur Disposition von Dersenthal, zuletzt General-Major und erster Commandant von Breslau, und dem General-Lieutenant a. D. Grafen von Ertichau, zuletzt General-Major und Commandeur der 1. Infanterie-Brigade, beide in Berlin, den königlichen Kronenorden zweiter Klasse mit dem Stern, so wie dem Kreis-Bundardt Wilhelm Gaeßlein zu Brandenburg a. H. den rothen Adlerorden vierter Klasse und dem Förster Grandke zu Freienhagen im Kreise Nieder-Barnim das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar Hoffmann in Kofel ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Ratibor, mit Anweisung seines Wohnsitzes zu Ratibor, versetzt worden. Der bisherige Kreisrichter Meide in Beuthen D. S. ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht zu Ratibor und zugleich zum Notar im Departement desselben, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Ratibor, ernannt worden.

[Bekanntmachung.] Der Taxpreis eines Blutes ist für die Zeit vom 1. April bis ultimo September d. J. auf 2 Sgr. festgesetzt. Berlin, 26. März 1863.

Berlin, 27. März. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Obersten von Kameke, Chef des Generalstabes des 8. Armee-Corps, und dem Oberst-Lieutenant Baron v. Kottwitz vom 2. schles. Grenadier-Regiment Nr. 11, zur Anlegung des von den Kurfürsten von Hessen königl. Hoheit ihnen verliehenen resp. Commandeurkreuzes zweiter Klasse und Ritterkreuzes vom Wilhelms-Orden, so wie dem Premier-Lieutenant v. Strang vom 6. brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 52, zur Anlegung des von dem Sultan Majestät ihm verliehenen Medschids-Ordens fünfter Klasse und dem Premier-Lieutenant v. Strang vom 1. thüring. Infanterie-Regiment Nr. 31, zur Anlegung des von dem Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen durchlaucht ihm verliehenen fürstlich schwarzburgischen Ehrenkreuzes dritter Klasse, die Erlaubnis zu erteilen. (St. A.)

[In Bezug auf das Inseraten-Rescript der Ministerien] wird der neulich der „Allm. Ztg.“ entlehnte Fall von der Bekanntmachung des bonner Universitäts-Lectoren-Catalogs, nach der „B. u. G. Z.“, berichtet. Es ist nämlich vom Senat eine Eingabe an das Ministerium des Unterrichts gerichtet worden, in welcher dasselbe ersucht wird, zu gestatten, daß alle das Studium zu Bonn betreffenden Bekanntmachungen, also auch das Verzeichnis der zu haltenden Vorlesungen, in den gelesesten rheinischen Blättern veröffentlicht werden. Wie wir vernehmen, sind auch von anderen preussischen Universitäten ähnliche Reclamationen eingelaufen, so daß wohl der gewünschte Erfolg erreicht werden wird. (Wir finden hierin aber keine Berücksichtigung; denn es wird die Mittheilung der „B. u. G. Z.“, daß der Lectors-Catalog im „Kreissblatt“ inseriert worden sei, nicht widerlegt. (D. Red.)

Δ [Das Ministerium Bismarck bleibt.] Gegenüber verschiedenen Gerüchten, die in der letzten Zeit aufgetaucht sind, kann die „Kreuz.“, versichern, daß nach den untrüglichen Anzeichen das Ministerium sich nach wie vor des vollen Vertrauens Sr. Majestät zu erfreuen hat. Das meinen wir auch und freuen uns darüber; denn nach unserer Ansicht, die wir schon öfter ausgesprochen haben, wäre ein jetziger Rücktritt des Ministeriums noch viel zu zeitig. Gerade die Fortschrittspartei muß wünschen, daß dieses Ministerium noch weiter, so wie bisher, d. h. im Sinne der Fortschrittspartei wirkt.

[Verurtheilung.] Edgar Bauer, der Verfasser des bekannten Artikels gegen den Stadtgerichtsrath Pielchen im „Preuß. Volksbl.“, ist wegen dieses Artikels zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

[Freisprechung.] Gegen die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung zu Peitz war Anklage wegen Beleidigung des Landraths in Beziehung auf sein Amt erhoben worden. Dieselben hatten bekanntlich bei Zurückweisung einer von dem Landrath, Geh. Reg.-R. v. Berbeck, in Umlauf gesetzten Expositiadsadresse zu einer Resolution Veranlassung genommen, welche der Staatsanwaltschaft zur Erhebung einer Anklage geeignet erschienen war. Am 25. d. M. fand vor dem Kreisgericht zu Cottbus die desfallsige Verhandlung statt, welche mit Freisprechung der angeklagten Stadtverordneten endete. Der Straf-antrag hatte auf 6 Wochen Gefängnis gelaute.

[Erklärung Winckel.] Die „Berl. A. Z.“ erhält Folgendes zur Veröffentlichung: Die in der gestrigen „Bank- und Handelszeitung“ mit spezieller Hindeutung auf mich wiederholte Notiz in Betreff einer vertraulichen Anfrage bei dem Herrn Ministerpräsidenten wegen Veröffentlichung der französischen Actenstücke zur polnischen Frage sehr ich mich veranlaßt, in jeder Beziehung für eine Lüge zu erklären. Berlin, 27. März 1863. G. Winckel, Abgeordneter für Pr. Stargard und Berent.

[Der Polizeioberst Paske] soll, dem „Preuß. Volksbl.“ zufolge, als Polizeipräsident nach Posen versetzt werden. Wo bliebe dann Herr v. Bärensprung?

K. C. Berlin, 27. März. [Die in verschiedenen Blättern auftauchenden Gerüchte von einer Veränderung der politischen Situation] in Folge einer Veränderung der Stimmung in der Regierungswelt werden in Abgeordnetentreisen stark bezweifelt. Der freundliche Ton, der vor wenigen Tagen bei einem bekannten feierlichen Anlaß dem Abgeordnetenhaus gegenüber angeschlagen ist, erklärt sich — so ist man geneigt anzunehmen — aus dem völlig unpolitischen Charakter der betreffenden Begegnung und hat, wenn überhaupt einen politischen Grund, höchstens den, daß die auswärtigen Verwickelungen den Werth des Friedens im Innern jetzt mehr besonders nahe legen. Daß die officiellen Organe anfangen, der Volkvertretung gegenüber die ersten Forderungen des Anstandes zu erfüllen, muß eher als ein Ausfluß berechnender Klugheit gelten, als daß darin ein Symptom vorwärtiger Stimmung gefunden werden könnte; die einfachste verständliche Betrachtung mußte ergeben, daß der bisherige Ton der officiellen Blätter sich unmöglich durchführen ließ, wenn man nicht bloß den Pöbel der sogenannten conservativen Partei befriedigen, den besseren Theil dieser Partei aber vor den Kopf stoßen wollte. In der Sache selbst läßt die neueste officiöse Auslassung alles unverändert; der Widerspruch gegen den Kernpunkt der Militärfrage (soweit sie eine technische ist), gegen die geforderte zweijährige Dienstzeit nämlich, wird in alter Stärke aufrecht erhalten. Wie sehr es damit Ernst ist, wie jede Hoffnung auf die Möglichkeit einer Verständigung mit dem jetzigen System illusorisch ist, dafür liegt heute noch ein weiterer Beweis vor. Das Kriegsministerium hat nämlich eine neue Gegenchrift gegen die letzte Erklärung des Abg. Baron v. Baerß erlassen, die mit dem Fürsten, mit einem — man möchte sagen: gesuchten Nachdruck gegen die Forderung der geforderten zweijährigen Dienstzeit sich ausdrückt. Diese Gegenchrift lautet:

„Die neueste Gegenchrift des Abg. Baron v. Baerß über die Armee-Reorganisations-Frage giebt zu einigen Bemerkungen Veranlassung, deren Hervorhebung im Interesse der Sache nicht unterlassen werden kann.

Wenn nach dem bezüglichen Aufsatze des Kriegs-Ministeriums die Zahl der jährlich per Bataillon zu Entlassenden auf 180 Köpfe berechnet wird, so geschieht dies, wie Hr. v. Baerß sagt, mit Umgehung des Prinzips der dreijährigen Dienstzeit.“

Dieses Prinzip ist aber von der königl. Regierung niemals so aufgefaßt worden, als sei sie dadurch gezwungen, jeden Einzelnen volle drei Jahre im Dienste zu behalten; sie muß sich vielmehr auf Grund eben dieses Prinzips für vollkommen befugt erachten — wie dies z. B. in Betreff der sogenannten „Dispositions-Beurlaubten“ geschieht — die Dienstzeit Einzelner um eine mit dem Zwecke der dienstlichen Ausbildung vereinbare Frist zu verlängern. Die königl. Regierung verlangt die Fortdauer der geforderten dreijährigen Dienstzeit, nicht um jeden Einzelnen thatsächlich 3mal 365 Tage bei den Fahnen zu haben, sondern nur um die kriegstüchtige Ausbildung der Truppe technisch sicher zu stellen. Ist daher seit der Reorganisation die Dienstzeit der Einzelnen, je nach den augenblicklich obwaltenden Gründen militärischer Zweckmäßigkeit thatsächlich verlängert worden, es erscheint dies, je nachdem diese oder finanzielle Gründe es verlangen, auch ferner — wie schon in den Motiven gesagt worden — vorübergehend in gewissem Grade zulässig, ja geboten: so darf man doch wohl im Ernst daraus folgern, daß die Regierung mit solchen Ausnahme-Maßregeln die Nothwendigkeit der geforderten Fortdauer der dreijährigen Dienstzeit verleugne. Ja selbst die regelmäßige Wiederkehr der Dispositions-Beurlaubungen durchbricht jenes Prinzip keineswegs. Denn die mögliche Verlängerung der Dienstzeit um ein halbes Jahr für nur fünf der am besten ausgebildeten Mannschaften einer Compagnie beweist doch gewiß nicht, daß die übrigen Mannschaften derselben Compagnie und desselben Jahrganges gleichfalls nach 2 1/2-jähriger Dienstzeit entlassen werden könnten, ohne der Tüchtigkeit der Truppe wesentlichen Eintrag zu thun.

Etwas ganz anderes ist es aber, wenn die Dienstzeit lediglich auf ein Maximum von 2 Jahren festgesetzt werden soll, wie dies die v. Jordanbedschen Anträge und die „Zusammenstellung“ des Herrn v. Baerß beabsichtigen. Dadurch würde eben die Regierung zu einer Verlängerung der Dienstzeit gezwungen sein, welche, allgemein angewendet, die kriegstüchtige Ausbildung der Truppe in Frage stellt. Die Mäßigkeit für letztere verlangt unbedingt eine längere Dienstzeit und gestattet eine gewisse und theilweise Verlängerung derselben immer nur als einen durch anderweitige Rücksichten hervorgerufenen Nothbehelf, der die Kriegstüchtigkeit der Truppe immerhin beeinträchtigt. Daß ein solcher überhaupt als zulässig erachtet wird, kann daher gegen das von der königl. Regierung aus rechtlich erwogenen Gründen mit voller Ueberzeugung festgehaltene Prinzip der geforderten Dienstzeit nichts beweisen; er bezeugt vielmehr nur, daß die Regierung bereit war und ist, die militärischen Rücksichten nicht einseitig und ausschließlich zur Richtschnur ihrer organisatorischen Maßregeln zu machen.

Wenn die Gegenchrift ferner einen Beweis für die Zulässigkeit einer zweijährigen Dienstzeit daraus ableitet, daß die erste Ausbildung der Rekruten auch nach der Ansicht der Regierung in 3 Monaten zu bewirken sei, so wird dabei wohl übersehen, daß es sich bei jener Ansicht um eine positive Bestimmung des Mobilisationsplanes handelt; daß dieser ersten Ausbildung aber noch die wirksamen Ausbildungsstadien der ferneren Dienstzeit folgen müssen, um aus dem Rekruten einen Soldaten zu machen und daß die lebendige Praxis während eines Jahres die militärische Erziehung rascher vollenden hilft, als dies in der Friedensgarnison möglich ist. Freilich kann die erste Rekruten-Ausbildung sehr rasch in 3 Monaten, ja wenn es sein muß, in 6 Wochen erfolgen, aber der Erfolg dieser ersten Ausbildungs-Periode kann nimmermehr den Anforderungen genügen, welche eine zweimäßige Organisation an die militärische Erziehung des Heeres zu machen berechtigt ist.

Die fernere Behauptung, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Infanterie nur noch eine „Zeitfrage“ sei, kann füglich auf sich beruhen, insofern damit gesagt werden soll, daß sich diese Meinung über kurz oder lang doch Bahn brechen werde. Was eine solche Meinung tröstet, der mag sie begeben! Ist aber diese Verlängerung der Dienstzeit, wie Hr. v. Baerß meint, in der That eine Zeitfrage, d. h. eine Frage der Zukunft, so folgt daraus mit Nothwendigkeit, daß sie eben jetzt, d. h. in der lebendigen Gegenwart nicht einzuführen ist, und darauf kommt es im Augenblicke allein an.

Einen „Vorwurf“ hat die Replik des Kriegsministeriums gegen die erste Zusammenstellung des Abg. v. Baerß nicht beabsichtigt, sondern nur eine Berichtigung. Wenn die letztere nicht den wünschenswerthen Erfolg gehabt hat, den Herrn Verfasser der Zusammenstellung von der Unhaltbarkeit seiner numerischen Recknulte zu überzeugen, so ist dies im Interesse der Sache wohl zu beklagen. Die bloße Versicherung, in welcher die neueste Schrift des Herrn v. Baerß schließt, daß durch die zweijährige Dienstzeit „das Heer ganz gemächlich nicht in seiner Kraft und liegenden Schlagfertigkeit gefährdet sein dürfte“, entbehrt leider auch des überzeugenden Beweises, durch welchen allein sich die königl. Regierung veranlaßt sehen könnte, auf eine Maßregel einzugehen, die nach ihrer technischen Ansicht und den Erfahrungen aller Länder und aller Zeiten die Kriegstüchtigkeit des Heeres auf das Grundsätzlichste gefährden würde.“

[In der heutigen Sitzung der Militärcommission] war das Ministerium wiederum nur durch Commissarien des Kriegs- u. Marineministeriums vertreten. — § 7 des Jordanbedschen Entwurfs wurde, unter Streichung der Worte: „junge Leute von Bildung“, in folgender Fassung — die ersten beiden Sätze einstimmig, der letzte gegen vier Stimmen — angenommen: „Junge Leute, die sich während ihrer Dienstzeit selbst beleiden, ausbilden und versippen, sollen, in so weit sie die vorchriftsmäßigen Kenntnisse darzulegen vermögen, schon nach einjähriger Präsenz bei den Fahnen zur Reserve entlassen werden und wird ihnen dieses eine Jahr als eine jährige Dienstzeit innerhalb ihrer Dienstverpflichtung angerechnet. Sie sollen nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten zu Offizieren der Landwehr befördert werden. Mit der Erlangung der Qualifikation zum Landwehr-Offizier treten dieselben zur Landwehr über.“

Bei § 8 (Landwehr ersten Aufgebots, fünfjährige Dienstzeit) erhob sich eine längere Debatte, die in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden soll.

Ungarn in Polen.

H. Warschau, 26. März. [Ein offizieller Bericht. — Fortdauer der Insurrection. — Kriegs- und Lynchjustiz. — Ein Leitartikel der Breslauer Zeitung.] Als Besprechung zum Feiertage bringt uns heute ein Extrablatt des „Ziennik Powoz.“ Folgendes: „Laut einem Telegramme vom gestrigen Tage hat Oberst Fürst Wittgenstein im Walde bei Kozimierz im Kreise Konin die Rebellenbände unter Mielencki angegriffen und hat solche nach fünfständiger Schlacht geschlagen. Mielencki ist schwer verwundet nach dem Posenischen entkommen. Die anderen Anführer sind erschlagen oder verwundet und unter ihnen zwei Ausländer. Das Militär hat eine beträchtliche Zahl Waffen, sowie Wagen mit Munition, Lebensmitteln und Gepäcke erobert. Der Rest dieser Bande ist unterhalb Slesin von der unter Major Nelidow aus Wloclawek angerückten Abtheilung total aufgehoben worden. Die umliegenden Dörfer sind voll von verwundeten Rebellen.“ Da von dem Treffen der Mielenckischen Insurgentenschaar bei Kozimierz wir heute aus den jetzt erst vom 4ten Tage nach ihrem Erscheinen hier anlangenden Breslauer Blättern erfahren, so ist vielen gar nicht einleuchtend, warum der „Ziennik Powoz.“ gerade dieses Treffen zum Gegenstand eines Extrablattes macht. — Ueber die Vorgänge bei dem Langiewicz'schen Corps circuliren hier die verschiedenartigsten Versionen, von denen die schlechteste nicht stark genug ist, die Actionsmänner zu entmutigen, da diese unter keinen Umständen den Aufstand aufgeben. — Daß die Sachen im Süden weit entfernt sind, ihr Ende zu erreichen, erhellt schon aus dem Umstande, daß fortwährend Militärverpflichtungen dahin abgehen, und scheinen diese so dringend, daß man die warschauer Besatzung für ein paar Tage bedeutend verringert hat. Ich sage für ein paar Tage, denn vorgestern und

gestern sind bereits 2 Bataillone Grenadiere mit der Eisenbahn von Petersburg kommend hier angelangt, und folgt dieser Tage noch mehr Militär, aus welchen Ursachen jene Bahn 9 Tage lang keine Güter zum Transport annimmt. — Aber auch auf anderen Wegen als per Eisenbahn gehen fortwährend von hier Soldaten ab und zwar größtentheils vermittelt Fuhrwerken, welche zu liefern die hiesigen Hausbesitzer angehalten werden. — Ueber die Schaar Mielencki hat die Militärbehörde vorgestern eine Depesche erhalten, die ein zuverlässiger Befannter von mir zu lesen Gelegenheit hatte, worin diese Schaar als vortrefflich bewaffnet und geleitet geschildert wird. Ein Treffen, welches ein aus Konin kommendes Militär-Detachement mit dieser Schaar hatte, ist laut jener Depesche nichts weniger als glänzend für die Russen ausgefallen. Es fragt sich nun, ob diese Depesche den Stoff zu jenem Extrablatt geliefert hat, oder ob diesem eine spätere Depesche zu Grunde liegt. — Reisende, die mit der Warschau-Wiener Eisenbahn kommen, erzählen, daß das Reisen mit dieser, bei der immermehr gelockerten Disziplin der Soldaten sehr gefährlich geworden ist. Kaum, daß es vorgestern einem Obersten gelang, eine kleine Soldaten-Abtheilung abzuhalten, die ihre Wuth darüber, daß sie bei Lapp diesen Insurgenten nicht antrafen, welche die Brücken dort verbrannten, den Reisenden entgelten lassen wollten. Dagegen fielen einige Arbeiter von denen, die mit den Ingenieuren zur Herstellung dieser Brücken nach Lapp sich begaben, zum Opfer, indem sie von den auf's gerade Wohl von den Soldaten abgefeuerten Kugeln getroffen wurden. — Während dieses im Felde vorgeht, ruhet die Kriegs- und Lynchjustiz ihrerseits auch nicht. Erstere verurtheilt fast täglich bald zum Erschießen, bald zu mehrjähriger schwerer Arbeit in den sibirischen Bergwerken, letztere hat vorgestern einen als Geheim-polizisten angeesehenen Buchdrucker getroffen, indem er auf dem Schulplatz, der an der Weichsel liegenden Straße, um 11 Uhr Vormittags durch drei Dolchstiche getödtet wurde. — Beinahe hätten wir noch ein drittes Fußvolkverfahren gehabt, das des Duells nämlich. Der Staatssecretär Ennoh ist vom Herrn Director der Commission des Innern, Grafen Keller, in Folge des unanständigen Benehmens des ersteren, gefordert worden, nur die Dazwischenkunft des Großfürsten hat das Duell verhindert. — Schließlich erlauben Sie mir eine Bemerkung in Bezug auf den trefflichen Leitartikel in der Nr. 137 der Bresl. Zeitung. Dieser Artikel rath den Polen, daß sie, dem Beispiel der Deutschen folgend, sich zu einem gebildeten, thätigen Volke gestalten. Daß aber dieses durch das Regierungssystem rein unmöglich ist, das ist es ja, was das ganze Volk und nicht etwa nur die fanatischen Nationalen zur Verzweiflung treibt. Der geehrte Verfasser jenes Artikels möge uns glauben, daß die denkbar schlechtesten Zustände in dem schlechtest regierten Lande oder Ländern Deutschlands den unsern gegenüber ein Paradies sind, und die Ausführung der sogenannten Reformen hat leider hinlänglich bewiesen, daß man nur eine Formenänderung für die alte Corruption, für die alte Barbarei und für die alte Knechtung suchte, um es eben zu verhindern, daß ein gebildetes und thätiges Volk entsteht.

* Wie wir direct aus dem polnischen Lager erfahren, hat sich das Kocherunische Truppen-Corps ganz aufgelöst. Nur 15 befinden sich zur Zeit bei den Aufständischen; die übrigen, gegen 200, sind in Desterreich, werden aber schon für die nächsten Tage wieder in dem polnischen Lager erwartet. Ueberhaupt fangen die gestreuten Polen an, sich wieder zu sammeln. Die Czachowski'sche Abtheilung ist zum größten Theil wieder beisammen; eben so ist Jezioranski mit einer Schaar wieder über die Grenze gegangen, die theils aus übergetretenen Insurgenten, theils aus neuen Freiwilligen besteht. Bentkowski befindet sich, wie man vernimmt, bei Jezioranski. — Die Insurgenten unter Jankowski, vor Kurzem vom General Töhl geschlagen, stehen, etwa 800 Mann stark, bei Mlosna. Vorgestern erschienen sie bei Brudno hinter Praga, um sich mit bewaffneten jungen Leuten aus Warschau her zu vereinigen. — In Grodno bemächtigten sich am 19. einige hundert Bewaffnete der Eisenbahnstation. Als sie eben mit dem Zuge abgehen wollten, griff sie das Militär an, einige Insurgenten wurden getödtet und verwundet, etwa 50 gefangen; der Zug ging dann nach Wilna ab. Sie rissen hinter sich die Schienen auf. In den Kreisen Lida und Troki finden fortwährend Scharmägel statt. Im polnischen Liefand sollen zwei Brüder Rykow den Russen großen Abbruch thun. (Std. Z.)

Aus Polen, 24. März. [Kampf bei Biniszew.] Am 21. gingen die mobilen Kolonnen, welche unter dem Befehle des Fürsten Wittgenstein in den Wäldern, südlich der Warthe, um Peiserz, Zborski und Turek seit bereits acht Tagen gekauert und verschiedene kleine Gefechte mit den in jenem Winkel haufenden Insurgenten bestanden hatten, über die Warthe, um die in den Wäldern bei Kozimierz, Biniszew u. aufgelaufenen, meist aus der Provinz Posen gekommenen Massen aufzusuchen und anzugreifen. Gegen 3 Uhr des Morgens am 22ten vernahm man anhaltendes Schießen aus der Gegend zwischen Kozimierz und Biniszew, das sich späterhin Konin zu nähern schien, und die Vermuthung, daß die Russen von den Aufständischen gedrängt würden, bestätigte sich, indem im Laufe des Vormittags nicht nur mehrere Wagen mit Verwundeten anlangten, sondern bald darauf auch Kosaken ansprengten, mit dem Auftrage, so rasch als möglich Verstärkung zu senden. Da diese Forderungen sich mehrmals wiederholten, auch noch von Zeit zu Zeit Wagen mit Verwundeten anlangten, und endlich auch die Gefährde noch ausdrückte, war die Furcht, daß die Stadt genommen werden möchte, groß, und die Befestigung allgemein. Die Insurgenten, in deren Mitte auch mehrere Landwehrleute aus der Provinz Posen in den wahren Kampf, waren um das Sechsfache stärker, als man vermuthet, und ein Theil der Truppen war — der Gegend unkundig — in einen Sumpf gerathen und dadurch im bedeutenden Nachtheil, weshalb es kam, daß nach fast achtfündigem, schwierigem Kampf in den Wäldern, wo beide Theile sich mit beispielloser Hartnäckigkeit schlugen, die Russen weichen mußten und sich schreitend zurückzuziehen begannen. Als aber Verstärkung und besonders Artillerie ankam, zogen sich die Insurgenten, deren Vortreffen fast bis Gzarkow — eine halbe Meile von Konin — vorgedrungen, eiligst in die Wälder zurück, wohin sie von den unauffallend vordringenden Truppen bis tief in die Nacht verfolgt wurden. Der Oberst Helffred war noch am 22. wieder mit 2 Gefährten und einem Theil der Truppen nach Konin zurückgekehrt.

Unser Correspondent in Stalmierz hat bereits kurz über dieses Treffen berichtet. D. Red. d. Bresl. Z.

